

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dresdner Nachrichten
Bundespost-Zettelnummer: 25241
Für die Nachschreiber: Nr. 20011
Schriftleitung u. Haushaltsschreiber:
Dresden-R. I., Marienstraße 88/48

Besuchergeld für den 1. bis 15. Juli 1939 bei täglich zweimaliger Auflistung bei Haus 1.70 M.
Besuchergeld für Monat Juli 3.40 M. einschl. 90 Vgl. Postgebühr (ohne Sonderabfertigungsgebühr).
Ungeliebte 10 Vgl., außerhalb Dresden 15 Vgl. Anzeigenpreise: Die Anzeigen werden nach
Gehalt berechnet: die einfache 30 mm breite Seite 35 Vgl., für auto 40 Vgl. Familien-
anzeigen und Stellengesuche ohne Notiz 15 Vgl., außerhalb 25 Vgl., die 90 mm breite Namenszeile
200 Vgl., außerhalb 250 Vgl. Offertengesche 30 Vgl. Auswärtige Aufträge gegen Sonderabfertigung

Druck & Verlag: Börsig & Reichardt,
Dresden, Postleitz-Nr. 1068 Dresden
Nachdruck nur mit deutscher Genehmigung
(Dresden, Nachr.) gestattet. Unverlangte
Schriftheide werden nicht aufbewahrt

Erstklassiges Restaurant
Täglich 4 Uhr: Tanz-Tee

„Barberina“

Prager Straße / Reitbahnstraße

Abends 8 Uhr: Das Parkett der
Attraktionen aller Welt

Das neue sächsische Kabinett

Drei Partei- und zwei Fachminister

Ministerpräsident Dr. Bünger hat seine Kabinettbildung im Range des Dienstag beendet. Die Ministerliste lautet:

Ministerpräsident und Volksbildungsmiester: Dr. Bünger (D. B. P.);
Wirtschaftsminister: Dr. Krug v. Nidda (D-N.);
Finanzminister: Weber (Wirtsch.-P.);
Justizminister: Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Mansfeld;
Innenminister: Kreishauptmann Dr. Richter (Bauhen);
Das Arbeitsministerium bleibt vorläufig unbefestigt.

Ministerpräsident Dr. Bünger hat sein Kabinett ohne Verhandlungen mit den Parteien ganz auf eigene Rechnung und Gefahr gebildet. Er hat aus der zur Zeit bestehenden Lage die einzige mögliche Konsequenz gezogen, indem er die beiden Ministerien, um die vor allem der Streit der Parteien ging, reine Fachminister übertrug. Beides geht ein vorzüglicher Ruf voraus. Oberlandesgerichts-Präsident Dr. Mansfeld erfreut sich in Kreisen der Justiz und der Verwaltung des größten Ansehens. Das gleiche läuft sich von Kreishauptmann Dr. Richter sagen, dessen Beliebtheit in der Bevölkerung bekannt ist. In diesem Zusammenhang muss auch betont werden, dass die Herren zu den hervorragendsten Beamten Sachsen's zählen. Wirtschaftsminister Dr. Krug v. Nidda und Finanzminister Weber haben sich in ihrer bisherigen Tätigkeit sehr bewährt. Das Außenministerium ist eingespart, ein Erfolg dieses Fachministeriums, der bei einem reinen Parteikabinett kaum zu erwarten gewesen wäre. Vielleicht besteht auch noch die Möglichkeit, das Arbeitsministerium einzusparen, das vom Wirtschaftsminister verwaltet werden könnte. Am Donnerstag wird Ministerpräsident Dr. Bünger sein Kabinett dem Landtag vorstellen.

Sachsen hat nach langem Hin und Her, nach wiederholten Ministerpräsidentenwahlen und trotz aller peinlichen Gerüchte, die in den letzten Tagen von interessanter Seite ausgestreut wurden, eine Regierung. Es ist auch alterthümlich Zeit, denn der Staat muss möglichst bald unter Dach und Fach kommen. An dem Landtag ist es, zusammen mit der Regierung, die lange verschleppten Aufgaben zu erledigen. Das kann nur dann gelingen, wenn man dem neuen Kabinett Gelegenheit gibt, seine Geschicklichkeit und Kraft zu beweisen. Es ist nicht daran zu zweifeln, dass sich unter den bürgerlichen Fraktionen niemand finden wird, der der Regierung kein Vertrauen verleiht. Auch in den Kreisen, die bisher der Ministerpräsidentschaft Dr. Bünger ablehnend gegenüberstanden, wird kaum jemand das Odium auf sich laden wollen, die erfreuliche Entwicklung durch Quertreibereien zu föhren. Sachsen kann es sich nicht leisten, eine neue Regierungskrise heraufzubeschwören.

Keine Schwenkung der sächsischen Nationalsozialisten

Der frühere nationalsozialistische Landtagsabgeordnete v. Müde hat, wie eine Dresdner Korrespondenz mitteilt, anlässlich im Auftrag der Reichsleitung der nationalsozialistischen Partei ein Schreiben an die sozialdemokratische und die kommunistische Partei gerichtet, in dem er anfragt, unter welchen Bedingungen beide Parteien bereit seien, eine Regierung zu bilden, die gewisse Wünsche der Nationalsozialistischen erfüllen und demgemäß die Unterstützung der Nationalsozialisten erreichen würde. Ein solcher Schritt würde eine völlige Schwenkung der Nationalsozialisten bedeuten, die bekanntlich den völkischparteilichen Minister Dr. Bünger mit zum Ministerpräsidenten gewählt haben. Auf Anfrage erklärte hierzu der Führer der nationalsozialistischen Landtagsfraktion, v. Killinger, dass es sich nur um einen völlig privaten Schritt des Herrn v. Müde handle. Weder eine makellose Stelle der Parteileitung noch die Landtagsfraktion steht hinter dem Schreiben. Die Stellungnahme der Nationalsozialisten sei unverändert die gleiche, wie sie auch in der Wahl zum Ministerpräsidenten zum Ausdruck gekommen sei.

Ein deutscher Vorposten im Osten

Danzigs Kampf um sein Deutschtum

Mit auffallender Häufigkeit wiederholen sich in diesen Tagen die polnischen Einmischungsversuche in Danziger Angelegenheiten. Die bald zehnjährige Geschichte der Freien Stadt ist ja reich belastet mit allerlei Zwischenfällen und Streitigkeiten, die der vom Volkerbund mit gewissen Vorurteilen und Rechten ausgestattete Nachbarstaat immer wieder vom Baue bricht, um sich den Danziger in unangenehme Erinnerung zu bringen. Der Fremde, der durch die Straßen Danzigs geht und auf Schritt und Tritt die Wahrzeichen uralter deutscher Kultur bewundert, gewahrt mit Erkennen tiefe im Weibe der Stadt polnische Briefstößen neben den Danziger: die Erinnerung an eine ungerechte Kaiser Entsiedlung, die neben einer völkerrechtlichen Groteske der Hansestadt einen postalischen Einnahmeausfall von 1 Million Gulden im Jahre eingebrochen hat. Bei der Fahrt durch den Hafen sieht er auf ein weiteres Kuriosum: die missgestaltete Flagge des Hafenamtes, der aus Danziger und Polen gleichmäßig zusammengesetzt ist und unter einem Schweizer Obersten als Vorsitzenden die wirtschaftliche Lebensquelle der "Freien" Stadt kontrolliert. An der Ausfahrt in die Ostsee liegt rechts die Westerplatte, wieder ein Stück Danziger Land, auf das Polen die Hand legen darf, und das es festhält, obwohl der praktische Verwendungswert als Munitionslager durch den Ausbau des polnischen Hafens in Gdingen längst hinfällig geworden ist. Totentilfe liegt über den Schuppen und über den Hafeneinrichtungen, während rund herum das Leben mit tausend Armen sich regt. Ein Gegensatz, der in die Augen springt und zeigt, dass es den Polen nur darauf ankommt, sich an das Recht zu klammern, das ihnen der Volkerbund einst in einer schwachen Stunde zugesprochen hat: die Unterhaltung einer waffenträgenden Garnison von 88 Soldaten hier auf Danziger Hoheitsgebiet.

Doch das sind Streithäfen, die lange zurückliegen und durch die Gewöhnung schon halb verklärt sind. Heiter brennen die Wunden, die polnische Eroberungslust fast täglich schlägt. Vor einigen Wochen hat Warschau es durchgesetzt, dass auf dem rein deutschen Gebiet mit seinen 400 000 Einwohnern, von denen bei den letzten Wahlen nur 21 Pro-polnische Stimmen abgegeben haben, die Danziger Eisenbahnamen eine Prüfung im Polnischen bestehen müssen, um ihren Dienst ausüben zu können. Eine durch die Verkehrsbedürfnisse nirgends bedingte, rein quälische Schikane mit der Nebenabsicht der Sprachverteilung. Wie denn überhaupt für Kulturpropaganda den Polen keine Mühen und Kosten zu viel sind. Ein bezeichnender Vorfall am vergangenen Freitag ist geeignet, auch die Ausmerksamkeit der reichsdeutschen Öffentlichkeit für diese Gefahr zu schärfen. Kurbeln da vor der Marienkirche, dem monumentalen Wahrzeichen Danzigs, das wie kein anderes den deutschen Charakter der Stadt verkörpert, polnische Photographen einen Film, und am Portal agieren polnische Schauspieler in polnischer Uniform! Deutsche Kunstdenkmäler sind also gerade gut genug, um als Staffage für eine Propaganda zu dienen, die in den polnischen Städten nationalistische Hobbier aufstachelt und eine Irredentasinnung wachruft, die in den geschichtlichen Tatsachen nicht begründet ist. Die Danziger haben sich dieses freche Attentat auf ihr Empfinden nicht gefallen lassen. Unter den Drohungen der empörten Polsmenge mussten die Aufnahmen abgebrochen und die geschildernden Akteure von der Polizei in Schachhaft genommen werden.

Bei der Aggressivität der Polen ist es nicht ausgeschlossen, dass der Vorfall ein diplomatisches Nachspiel haben wird, wie sich ja auch Herr Strasser, der Warschauer Gesandte, nicht geschenkt hat, gegen die am gleichen Tage veranstalteten Danziger Trauerrundgebungen zum zehnjährigen Verfallserdenken einen Art Aufsichtsprotest einzulegen. Von den vielen polnischen Übergriffen ist dieser politisch vielleicht der schwerwiegendste, denn die Annahme, nationale Stimmungen und kulturelle Freundschaftsbewegte in einem neutralen Lande zu kontrollieren, geht in ihrer Bedeutung über die bisher üblichen territorialen und wirtschaftlichen Streitobjekte weit hinaus. Man muss bei dieser Gelegenheit daran erinnern, dass Danzig seinerzeit ohne Befragung seiner Bevölkerung und gegen ihren Willen vom Deutschen Reich abgetrennt wurde. Der Versailler Vertrag hat dem neuen Staat zwar eine Wirtschafts- und Zollunion mit Polen aufzwingen und seine diplomatische Vertretung im Ausland der Warschauer Regierung übertragen können, aber nirgends steht ge-

Tariferhöhung fast unvermeidlich!

Verstörte Illusionen: Der Youngplan bringt der Reichsbahn keine Erleichterung

(Nachrichten unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 2. Juli. Wie von unterrichteter Seite noch mitgeteilt wird, hat der Verwaltungsrat der Reichsbahn in seiner neustrigen Sitzung beschlossen, erneut mit der Reichsregierung über die Deckung der erhöhten Ausgaben, denen die Entwicklung der Reichsbahnneinahmen nicht entspricht, zu verhandeln. Eine Kapitalaufnahme erscheint dem Verwaltungsrat zur Zeit nicht möglich. Sollte die Reichsregierung keine anderweitigen Maßnahmen vorschlagen, so will der Verwaltungsrat auf seinem

Tariferhöhungsvorhaben bestehen.

Am übrigsten wird von Seiten der Reichsbahn noch darauf hingewiesen, dass es für die Reichsbahn besonders schmerlich sei, dass die Hoffnungen auf eine Erleichterung der finanziellen Lage durch den Youngplan, die ansangs gehegt wurden, sich nicht erfüllen werden.

Neben die jährliche von der Reichsbahn aufzubringende Reparationssumme von 600 Millionen, noch die Verkehrssteuer wird ermäßigt werden, wie die Reichsbahn jedenfalls nach einer Anerkennung des Reichsfinanzministers annehmen zu können glaubt.

Pediglich die 100 Mill. M. die in diesem Jahre den bereits auf 400 Mill. M. angewachsene Reservesfonds zur Auffüllung von 500 Millionen hätten zugesetzt werden müssen, sollen in Rücksicht kommen. Aber dieser Betrag ist bereits restlos zur Durchführung wenigstens eines Teiles des Sachausgabenprogramms des Unternehmens bestimmt. Dabei müsse berücksichtigt werden, dass die Reichsbahn wegen Mangels an Mitteln statt der vorgesehenen 4400 Kilometer jetzt nur noch etwa 3000 Kilometer Überbau im Jahre erneuern könne, und dass noch ein dringender erneuerungsbedürftiger Rückstand von mehr als 7000 Kilometer Überbau bestehe; also auch nach Freigabe dieser 100 000 M. bliebe der Reichsbahn kein Pfennig für die Deckung des durch die Vorrabebürgungen entstandenen Sachausgaben von annähernd 50 Millionen Mark, für deren Ausgleich legten Endes nur Tarifmaßnahmen in Frage kämen. In welcher Form die Tariferhöhung vorgenommen und welche Tarifgebiete sie betreffen werde, dürfte sich erst im Laufe des für September vorgesehenen Verhandlungen mit der Reichsregierung ergeben. Die

Edener über den Weltkundus

Berlin, 2. Juli. Heute früh ist Dr. Edener in Begleitung von Kapitän Lehmann in Berlin eingetroffen, um noch einige mit seinem Weltkundus zusammenhängende Fragen zu regeln. Neben diesem sein großes Unternehmen erklärte Dr. Edener: „Ich hoffe außerordentlich, etwa am 10. August die Weltfahrt antreten zu können. Ich muss allerdings hinzufügen, dass das genaue Datum des Abflugs noch von dem Ergebnis der Untersuchung der Motoren und der darauffolgenden Probefahrten abhängen wird. Das Programm des Weltkundus bleibt unverändert, wir landen in Tokio, in Kalkutta und in Calcutta. Von dort steigen wir nach Friedrichshafen zurück. Überall ist alles für die Landung vorbereitet. Das Programm ist bis auf das letzte Detail durchgearbeitet.“

Die spanischen Sieger in Gibraltar

Madrid, 2. Juli. General Primo de Rivera erhielt ein Telegramm des Militärgouverneurs des Lagers von Gibraltar, wonach das Flugzeugmutter Schiff "Eagle" am Dienstag früh in Gibraltar angekommen ist. Der Ministerpräsident gab dem Gouverneur sofort Befehl, sich nach Gibraltar zu begeben, um im Namen der Regierung die Sieger zu empfangen und zu begrüßen. Der Generalkommandant des Marinebezirks Cadiz erhielt vom Marineminister den Auftrag, die Sieger bei ihrer Landung ebenfalls zu begrüßen.